

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1927

35 (23.3.1927)

Eschel-t
Montag, Mittwoch, Freitag.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Austräger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.50
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 12-5 Uhr, Sonntags geschlossen.
Fernsprechanruf Nr. 11.
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung  **Beitrag** Gegründet 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal
Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.
Wöchentliche Beilagen: Mode u. Heim - Der Kolbold - Neue Illustrierte

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 7 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundchrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Beitreibung erlischt.
Platzvorschriften werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen keinerlei Gewähr übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 35. Mittwoch, den 23. März 1927. 88. Jahrgang

Dr. Stresemann über die Weltpolitik.

Deutschlands Haltung im Albanienstreit.

Berlin, 22. März. Bei der Einbringung des Haushalts des Auswärtigen Amtes nahm heute mittag im Reichstag der Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort zu einer Rede, in der er sich mit den Problemen der Weltpolitik beschäftigte, die, wie er sagte, außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen liegen, aber mehr oder weniger starke Rückwirkungen auf die Fragen ausüben können, die uns direkt angehen. Reichsminister Dr. Stresemann befahte sich zunächst mit dem Haushalt des Auswärtigen Amtes. Dieser Haushalt, so erklärte der Minister, spielt im Rahmen des gesamten Haushalts nur eine sehr bescheidene Rolle. Im vorigen Jahr machte der Gesamtetat des Auswärtigen Amtes 55 Millionen Mark aus. Diesmal sind es vier Millionen mehr. Festzustellen ist eine erfreuliche Verminderung der Einnahmen der Postgebühren um eine Million Mark. Der Rückgang ist zurückzuführen auf die Tendenz des Abbaus der Postgebühren. Es würde mich freuen, wenn ich Ihnen einmal einen Etat vorlegen könnte, aus dem die Einnahmen aus den Postgebühren überhaupt verschwunden sind; denn es ist eine der unerwünschtesten Erscheinungen, daß wir den Verkehr zwischen den einzelnen Ländern durch Postgebühren erschweren, statt ihn zu fördern. (Beifall.) Der Minister befahte sich sodann mit den alarmierenden Meldungen über

teressen fördert. Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den Berliner Vertrag. Damit liegen unsere Absichten offen vor der Welt zutage. Daß wir uns in dieser Lage von jeder unnötigen Einmischung fernhalten haben, versteht sich von selbst. Der Minister erklärte dann, daß die deutschen Völkerverträge im Ausland nur den Auftrag haben, sich zu orientieren. Auch in der Reichshauptstadt sind Befürworter großer Mächte im Auswärtigen Amt aus diesem Anlaß erfolgt.

Der Minister beschäftigte sich dann mit der Anfrage einzelner russischer Zeitungen, ob Deutschland bei Verwicklungen in östlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten den Durchmarsch durch deutsches Gebiet zu gestatten habe. Für diese Frage kommt ausschließlich der Art. 16 der Völkerbundscharte in Betracht und zwar nach Maßgabe der bekannten Note. Weitere Abmachungen irgendwelcher Art bestehen nicht.

Dr. Stresemann ging dann zu den einzelnen deutschen Fragen über und berührte die beiden Tagungen des Völkerbundsrates, an denen Deutschland seit der letzten außenpolitischen Erklärung teilgenommen hat. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß der lokale Verständigungswille, den wir gezeigt haben, auch von der Gegenseite in den großen Fragen bewiesen werden wird, deren Lösung noch vor uns liegt: die baldige Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes. Der Minister riet dazu, die weitere Entwicklung ohne Anbrüche der Ungeduld abzuwarten. Aber das Wort abwarten ist nicht gleichzusetzen mit passiver Resignation der Regierung. Wir haben es nicht nötig, den guten Willen der Gegenseite durch Wiederholung gemachter Angebote oder neue Anerbietungen hervorzuheben; denn es handelt sich um eine Konsequenz, die im Interesse aller beteiligten Länder liegt. Dies ist eine Forderung des gesamten deutschen Volkes. Der Minister schloß mit der Bitte um das Vertrauen, der Regierung die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Schritte nach dem weiteren Verlauf der Dinge zu tun sind.

Absetzung der Reichswehr wird sich keine Mehrheit im Reichstag ergeben. Wir haben mit dem Bestehen der Reichswehr zu rechnen. Wir haben an ihr Kritik zu üben, besonders an den Ausgaben für sie. Was aber die Deutsche Friedenspartei in letzter Zeit auch in Flugblättern von uns verlangt, ist wenig durchdacht. Die sozialistische Fraktion soll gegen den Reichswehrrelat stimmen. Ich stelle fest, eine Abstimmung über den Titel Reichswehr und Marine gibt es nicht. Sollen wir wegen der Reichswehr den Gesamthaushalt ablehnen? Es ist möglich, daß wir dieses Mal, da eine Reihe von Etatskapiteln uns nicht zusetzt, den Gesamthaushalt ablehnen. Das wäre aber eine taktische Maßnahme, keine grundsätzliche. Der Reichswehr macht es gar nichts aus, wenn wir ihren Haushalt etwa durch Ablehnung des Gesamthaushalts retten wollten. Ich bin mit Severing darin einig: kein Kampf gegen die Reichswehr, sondern um die Reichswehr. Das ist ein staatspolitisches Ziel. Die Reichswehr muß ein zuverlässiges Instrument des Reichs, ein Untertan der Republik werden.

Mehrarbeit zugelassen.

Einigkeit über das Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 22. März. Die langwierigen Verhandlungen der Regierungsparteien über das Arbeitszeitgesetz sind heute zum Abschluß gekommen. Man hat sich mit der Reichsregierung dahin geeinigt, daß die Regierungsvorlage in den beiden Fragen der freiwilligen Mehrarbeit und des Lohnzuschlages für Mehrarbeitsstunden geändert werden soll. Während in der ursprünglichen Fassung des Regierungsentwurfes freiwillige Mehrarbeit überhaupt unterlagt werden sollte, wird sie nun in einzelnen Fällen wieder zugelassen, und zwar insbesondere dann, wenn es sich um die Fertigstellung von angefangenen Arbeiten handelt, deren Nichtdurchführung wirtschaftlichen Schaden bringen könnte. Der Lohnzuschlag soll bei Mehrarbeit 25 Prozent nur dann betragen, wenn keine anderen Vereinbarungen vorliegen. Als Ersatz für den normalen 25-prozentigen Lohnzuschlag sollen gelten tarifliche Vereinbarungen, ein Schlichtungspruch und Bestimmungen der zuständigen Behörden. Die Zustimmung aller Regierungsparteien zu dieser Verständigung liegt vor. Sie bedeutet, daß das Zentrum von seinem ursprünglichen Standpunkt abgegangen ist und die Deutsche Volkspartei sowohl in der Frage der Mehrarbeit wie in der Frage des Lohnzuschlages sehr wesentliche Zugeständnisse gemacht hat.

Die Getränkesteuer aufgehoben.

Berlin, 22. März. Nach den Beschlüssen des Steueraus-schusses des Reichstages ist die Gemeindegetränkesteuer vom 1. April dieses Jahres ab aufgehoben. Es bleibt die Biersteuer, die nicht mehr als sieben Prozent vom Herstellerpreis betragen darf.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. März. Der Reichstag arbeitet mit größtem Eifer an der Fertigstellung des Etats weiter. Da heute die Bearbeitung zweier Etats durchgeändert und da eine Flut von Einzelanfragen vorlag, zerplitterte sich die Beratung vollständig und ein einheitlicher Ueberblick war kaum noch möglich. Erledigt wurden zuerst die Reste des Innenetats, kleine Anfragen über das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung und über die Maßnahmen gegen eine eventuelle Rückkehr des Kaisers aus Holland. Herr von Keudell gab wieder Auskünfte in seiner gewohnten Art. Das Reichskommissariat hielt er für notwendig, die technische Notilfe verpacht er zu entpolitizieren und den Reichsparteien sagte er weiter zu, die Bildung von Parteiverbänden innerhalb der Polizei zu verhindern. Dann ging man zum Postetat über, hörte eine lange Rede des Reichspostministers Schädel, nachher noch einmal Spezialauskünfte des Ministers; man hörte wiederum, was man schon wußte, daß die finanzielle Lage der Post günstig ist, daß die Gehälter erhöht werden sollen, daß man den Betrieb rationalisieren will, daß die Höflichkeit der Beamten zugenommen, aber noch nicht genügend zugenommen habe und daß Deutschland sich das billigste Briefporto der Welt leistet. Darüber sprachen dann noch einige Parteiredner, wobei bemerkenswert war, daß die Rechte sich über angebliche Parteilichkeit des Rundfunkbeschlages und ein Vertreter der Wirtschaftspartei Anstoß an den zu hohen Gehältern der leitenden Rundfunkdirektoren nahm. Wie gesagt, alles Einzelheiten. Es interessierte sich auch niemand recht für diese Beratungen. Waren zu Anfang der Sitzung gegen 1 Uhr mittags noch hin und wieder 50 bis 60 Abgeordnete im Saal, so konnte man in den Abendstunden von 7 und 8 Uhr höchstens 20 bis 30 zählen, die aber auch nur vorübergehend in den Saal guckten und dann schnell wieder nach der Wandelhalle zu verschwanden.

Volksbegehren und Aufwertung.

Der Antrag auf Zulassung abgelehnt.

Berlin, 21. März. Der Reichsminister des Innern hat auf Beschluß der Reichsregierung den von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Aufwertung und den Mieterorganisationen gestellten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zugunsten eines Gesetzes über die Wiederherstellung des Volksvermögens abgelehnt. Dieser Gesetzentwurf sieht die Herstellung der vor dem 1. Januar 1924 begründeten vermögensrechtlichen Ansprüche aus Hypotheken, Schuldverschreibungen privater Schuldner usw. vor und läßt die Wiederherstellung der Rechte der früheren Grundstücksbesitzer zu. Die wiederhergestellten Ansprüche sollen zu 4/5 vom Hundert verzinst werden. Indessen sollen die Zinsansprüche, soweit sie 2/4 vom Hundert jährlich übersteigen, bis zum 31. Dezember 1936 nicht den Gläubigern, sondern einer „Ueberleitungsstelle“ zustehen. Diese Zinsbeträge sind vom Schuldner unmittelbar an die Ueberleitungsstelle zu zahlen. Diese ist befugt, die Beträge im Verwaltungsverfahren einzutreiben. Die Organisation der Ueberleitungsstelle soll vom Reichsjustizminister durch Verordnung bestimmt werden. Der Gesetzentwurf regelt ferner die Verwendung der Ueberleitungsstelle zustehenden Zinsbeträge. Diese sollen verwendet werden zu 60 vom Hundert zur Förderung des Wohnungsneubaus, zu 14 vom Hundert zur Entschädigung notleidender Gläubiger, zu weiteren 14 vom Hundert zur Gewährung von Beihilfen an die Inhaber notleidender Haushaltungen, zu 10 vom Hundert zur Tilgung und Verzinsung der Reichsschuld, zu 2 vom Hundert zur Deckung der Verwaltungskosten der Ueberleitungsstelle. Die der Ueberleitungsstelle zustehenden Zinsansprüche sind öffentliche Abgaben. Sie sollen zum

Deutschland und die Abrüstung.

Bernstorff über die Herabsetzung der Rüstungen.

Genf, 22. März. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Abrüstungskommission erklärte der deutsche Delegierte Graf Bernstorff: „Als ich im Mai vorigen Jahres hier meine Erklärung abgab, war Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes. Heute halte ich es als Pflicht der Mitglieder des Bundes, aus dem Bunde ein vollkommenes Instrument zur Verhinderung des Kriegs zu machen und es dahin zu bringen, daß es höchstens noch einen Krieg geben kann, den des Völkerbundes gegen den Angreiferstaat, ein Krieg, der praktisch unmöglich ist. Die Abrüstung muß dahin gebracht werden, daß kein einziger Staat so stark ist, um einen Krieg unternehmen zu können. Ohne eine solche Nivelierung der Abrüstung kann der Völkerbund niemals zufriedenstellend wirken. Er begrüßte die Tatsache, daß Lord Robert Cecil einen vollständigen Entwurf vorlegte und Paul Boncour einen solchen ankündigte. Von den zwei Seiten des Problems, der Herabsetzung und der Begrenzung der Rüstungen, ist die letzte weniger aktuell, da wenigstens gegenwärtig ein Wettstreit nicht erfolgt. Was aber auf uns laftet, ist das Gewicht übermäßiger Rüstungen und die Gefahr des unausgeglichenen Rüstungsniveaus. Unsere wichtigste Aufgabe ist also die Herabsetzung der Rüstungen oder nach den Worten des Vertreters von Italien: die Revision des gegenwärtigen Rüstungsstandes. Wir müssen effektive Ergebnisse erzielen und Scheinlösungen, die nur neue Gefahren bringen, vermeiden. Die deutsche Regierung ist zu erster Mitarbeit beim Werke wahrhafter Abrüstung entschlossen und könnte unbefriedigenden Lösungen ihre Zustimmung nicht geben. Das Endziel muß eine An- und Ausgleichung der Rüstungen sein, die allein dem Völkerbund vollständige Aktionsmöglichkeit gewährleistet. Nach Festlegung dieser Endziele wären die Wege zu suchen, auf denen sie eventuell in Stappen erreicht werden könnten. Die Lösung des Abrüstungsproblems ist der Prüfstein des Völkerbundes. Im Artikel 8 der Völkerbundscharte ist die Abrüstung allen anderen Aufgaben des Bundes vorangestellt.“

Nach Bernstorff verlas der Vertreter Polens, Minister Sokal, eine Erklärung, daß die Abrüstungsarbeit auf dem Statut des Völkerbundes basiert werden müsse, das heißt, daß sie nur soweit gehen dürfe, als sie mit der Sicherheit der Staaten und ihren internationalen Verpflichtungen vereinbar sei. Es dürfe keine Betrogenen oder keine Opfer der Abrüstung geben. Polen wisse aus seiner Geschichte heraus die Bedeutung der Sicherheit zu schätzen und es müsse darauf bestehen, daß die ungeheure Kompliziertheit des Abrüstungsproblems hier begriffen werde. Deshalb müsse man sehr vorsichtig an das Problem herangehen. Bevor nicht eine moralische Abrüstung erfolgt sei, könne von einem materiellen Abrüsten nicht die Rede sein. Deshalb handle es sich auch vorläufig nur um eine Begrenzung der Rüstungen und einstweilen nicht um ihre Herabsetzung. Die Hauptfrage sei, daß das Beträgen zum Stillstand gebracht würde. Damit wäre bereits viel gewonnen und man könne auf dieser Grundlage später weiter gehen.

Beginn der Abrüstungs-Verhandlungen.

Die Tagung des Vorbereitungsausschusses — Ein englischer Vorentwurf.

Genf, 21. März. Heute nachmittag wurde die dritte Tagung des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz eröffnet. Der Präsident des Ausschusses, der holländische Gesandte in Paris, Loudon, führt in seiner Eröffnungsrede aus, daß diese Tagung zu einem positiven, einfachen und verständigen Ergebnis gelangen müsse. Wenn im Ausschuß, was er im Augenblick bezweifelt, irgend jemand gegen die Erreichung dieses Zieles sei, so möge er das offen bekennen und die schwere Verantwortung dafür auf sich nehmen. Loudon erklärt dann, daß der Begriff Abrüstung im jetzigen Zeitpunkt Hoffnungen wecke, die nicht ver-

wirklicht werden können, weshalb der Nachdruck auf die Herabsetzung der Rüstungen gelegt werden müsse. Es sei unlegbar, daß die Möglichkeit bewaffneter Abwehr jedem Staat für den Fall eines Angriffes erhalten bleiben müsse, sodas die Abrüstung selbst nur schrittweise und nach und nach erreicht werden könne. Wir haben, so erklärte er, eine allgemein gültige Konvention im Auge, die, wie wir hoffen, auch durch die Sowjetrepublik und durch andere Staaten, die dem Völkerbund nicht angehören, unterzeichnet wird, und müssen deshalb für die Konvention eine Form suchen, um allen Staaten den Beitritt möglich zu machen. Den Vorbereitungen muß daher die größte Elastizität gegeben werden. Allzu harte und allzu scharfe Formen müssen vermieden werden.

Nach dem Präsidenten Loudon ergriff der englische Delegierte Lord Robert Cecil das Wort. Auf Grund der vorliegenden Berichte äußerte Cecil die Ansicht, daß bereits grundsätzlich über fünf Punkte ein Einvernehmen erzielt sei und zwar darüber, daß die Land-, Luft- und Seearüstung als gemeinsames Problem behandelt werden soll, daß die Herabsetzung der Rüstungen auf die Friedensrüstungen beschränkt bleiben soll, daß gewisse Sicherheiten geschaffen werden müßten, daß hinsichtlich der Landrüstungen nur noch begriffsmäßige Unterschiede bestehen und daß im gewissen Sinne das Budget als Vergleichsmaßstab in Frage komme. Im zweiten Teil seiner Rede brachte Lord Cecil im Namen der englischen Regierung einen Konventionentwurf ein, der in fünf Teile zerfällt. Der Vorentwurf vermeidet es, irgend welche Zahlen zu nennen. Der englische Konventionentwurf bestimmt in seinem ersten allgemeinen Teil, daß die Vertragsstaaten sich verpflichten, ihre gesamten Rüstungen in dem für jeden einzelnen Staat noch zu bestimmendem Ausmaße zu beschränken. Den Vertragsstaaten soll jedoch das Recht zustehen, im Fall eines Krieges, eines Aufstandes oder anderer, unvorhergesehener Umstände die Rüstungen zu vermehren und zwar in Uebereinstimmung mit dem Völkerbunds-rat. Die kriegführenden Staaten müssen aber über ihre Rüstungen den anderen Vertragsstaaten Kenntnis geben, und nach Wiederherstellung des Friedens ihre Rüstungen auf den Vorkriegsstand zurückführen. Ferner sollen die Staaten verpflichtet sein, jährlich dem Völkerbund ihre Rüstungsausgaben bekanntzugeben.

Das zweite Kapitel des Konventionentwurfs, das allgemeine Bestimmungen für die Landrüstungen enthält, verpflichtet die Vertragsstaaten zur Herabsetzung ihrer mobilen Truppenbestände. Die Zahl der aktiven Offiziere soll nicht mehr als ein Fünftel der gesamten aktiven Truppenbestände, die Zahl der aktiven Soldaten nicht mehr als ein Neuntel der gesamten Truppenbestände betragen. Das dritte Kapitel, Seerüstungen, beschränkt die Tonnage der einzelnen Schiffe, Zahl und Tonnage der ganzen Flotte und die Kaliber der Schiffsgeschütze. Danach sollen die Vertragsstaaten die Artikel 13 bis 18 des Washingtoner Abkommens annehmen. Das vierte Kapitel beschränkt die Zahl der mobilen Militärluftzeuge. Nach dem fünften Kapitel müssen die Vertragsstaaten die Vertragsbestimmungen sofort in Kraft setzen.

Sozialdemokratie und Reichswehr.

Berlin, 21. März. In einer soz.-dem. Bezirksversammlung in Bielefeld äußerte sich der soz.-dem. Führer Müller-Franken u. a. wie folgt über Fragen der Reichswehr und der äußeren Politik. „Frankreich hat sich ein neues Wehrgesetz geschaffen. Ihm stimmten auch die Sozialisten zu und sie konnten sich dabei auf eine traditionelle Forderung der Internationalen und auf Jaures berufen. Ihre jetzige Stellung war die Stellung der Internationalen vor dem Kriege. Versucht muß werden, eine einheitliche Auffassung in den Heeres- und Militärfragen auf dem Boden der sozialistischen Internationalen zu erreichen. Deutsche Delegierte haben das mehrfach vorgeschlagen. Wir bekommen in Deutschland keine Militz. Sie ist kriegstüchtig und längst überholt und wir sind natürlich gegen eine Militzreserve für die Reichswehr. Für

überwiegenden Teile mittelbar und unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Zwecke dienen. Hiernach sind die Leistungen an die Ueberleitungsstelle Abgaben, die den Besagten zu einem Abgabegesetz machen. Nach der Reichsverfassung kann über Abgabengesetze nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen. Damit ist auch ein Volksbegehren für Abgabengesetze ausgeschlossen. Hiernach mußte der Antrag der Reichsarbeitsgemeinschaft aus Rechtsgründen abgewiesen werden.

Auch Ranking gefallen?

London, 22. März. Blättermeldungen aus Schanghai zufolge wird die Einnahme Rankings durch die Kantonefen gemeldet, die dadurch die Herren Chinas südlich des Jantsekiangs werden.

Schanghai gefallen.

Berlin, 21. März. Nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur ist Schanghai von den Südruppen besetzt worden. Der Generalfreik hat begonnen.

Schanghai, 21. März. Die Südruppen sind in die Chinesenstadt von Schanghai eingedrungen. Der Kommandeur der Schantungstruppen in Schanghai hat sich in die französische Konzession geflüchtet. Die Südruppen haben Tschangshu, 40 Meilen nordwestlich von Sutschau, eingenommen und dadurch die Eisenbahnlinie Schanghai-Nanking abgeschnitten. Der Stadtrat von Schanghai hat den Ausnahmezustand erklärt. Sämtliche auf dem Fluß liegenden englischen Kriegsschiffe haben Marineabteilungen an Land gesetzt. Auf Wunsch der Gemeindeverwaltung der internationalen Niederlassung sind auch holländische, spanische und italienische Seefeldaten gelandet worden. In der französischen Konzession wurden französische Seefeldaten an Land gesetzt, ferner sind 15 amerikanische Seefeldaten mit Maschinengewehren gelandet worden. Heute morgen ist ein neuer Streikbefehl erlassen worden. Alles deutet darauf hin, daß er allgemein befolgt werden wird. Zunächst stellten die internationalen Trambahnen ihren Dienst ein. Die Besagten der großen Baumwollfabriken folgten. Der Streik hat rein politischen Charakter. Das Devonshire-Bataillon ist heute von Hongkong nach Schanghai abgezogen. Verschiedentlich kam es in der internationalen Niederlassung zu Zusammenstößen zwischen Polizei und englischen Soldaten einerseits, Streikenden und plündernden chinesischen Soldaten andererseits. Ein englischer Offizier und drei Mann wurden verwundet, ebenfalls ein Polizist, ein Inder erschlagen.

Eine in der Nähe von Schanghai stehende etwa 10 000 Mann starke Truppe der Nordarmee ist zu den Nationalisten übergegangen. In der Eingeborenstadt kam es zu starken Ausschreitungen.

Offizielle polnische Kriegsrede.

„Ein Krieg um Oberschlesien wird kommen.“ Warschau, 21. März. Wie „Rzeczpospolita“ aus Katowitz meldet, kam es bei den von der polnischen Regierung anlässlich des Abstimmungstages in Ostoberschlesien veranstalteten Feiern zu einem Zwischenfall. Der offizielle Vertreter des Ministerpräsidenten, General Komor, erklärte in der Bankettrede, als er auf den militärischen Wert Polnisch-Oberschlesiens zu sprechen kam, „daß man sich nicht täuschen lassen dürfe, ein Krieg um Oberschlesien werde kommen!“

Vorläufige Regelung der Ausweisungfrage.

Warschau, 21. März. Gesandter Kaufcher hatte heute nachmittag eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister Jaleski, die annähernd eine halbe Stunde währte. Hierbei teilte ihm der Minister mit, daß die polnische Regierung den in Genf zwischen den Außenministern Deutschlands und Polens getroffenen Abmachungen zugestimmt habe. In der Frage der Ausweisungen ist somit eine zufriedenstellende vorläufige Regelung erzielt worden. Weiter wurden in der Regelung die Modalitäten zur Aufnahme von diplomatischen Unterhandlungen festgelegt, die gewisse Fragen präzipieller Natur zu klären hatten, ehe man zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Handelsvertrag schreitet.

Die Spannung auf dem Balkan.

Vermittlungsvorschläge Englands.

London, 21. März. Die Annahme des Vorschlags durch die südslawische Regierung, daß militärische und andere Sachverständige der ganzen Welt die Lage an der albanischen Grenze studieren sollten, macht hier einen sehr guten Eindruck und wird die öffentliche Meinung geneigt machen, die französische Ansicht zu teilen, daß im vorliegenden Streit der Friede mehr durch Italien als durch Südslawien gefährdet sei. Die öffentliche Meinung stimmt auch der französischen Forderung bei, die Mächte sollten schleunigst diplomatische Schritte zur Vermeidung eines Streites unternehmen. Ein Leitartikel der „Times“ sucht den Eindruck einer einseitigen Parteiergreifung für Italien zu korrigieren, welche die „Times“-Aufsätze der letzten Wochen erzeugen mußten. Die „Times“ erklären jetzt, es falle ihnen nicht ein, Südslawien allein für die schwierige Lage verantwortlich zu machen, in der es sich heute

befinde. Man könne die südslawische Regierung ruhig von der Absicht freisprechen, daß sie einen Streitfall mit Italien provozieren wollte. Man müsse ihr aber im Hinblick auf den Vertrag von Tirana raten, in der Verwaltung der Grenzgebiete eine stärkere Kontrolle als bisher auszuüben und alle Tätigkeit der Banden an der albanischen Grenze im Keime zu ersticken, um auch nicht den Schatten eines Vorwandes für ein italienisches Eingreifen zu geben. Nötigenfalls könnte der Völkerbund eingreifen.

Es ist aber unverständlich, warum Italien, wenn es begründete Beschwerden hat, ihre Beseitigung nicht auf normalem diplomatischem Weg durch energische und freundschaftlich: Vorstellungen in Belgrad erzielen wollte. Angesichts der südslawischen Entrüstung über den Tiranavertrag hat man es in Rom vielleicht für angebracht gehalten, eine herausfordernde Haltung einzunehmen, um die Lösung lange schwebender adriatischer Fragen zu beschleunigen. Eine solche Methode sei aber besonders auf dem Balkan gefährlich, wo die bloße Andeutung, Italien könnte in Albanien Truppen landen, eine Aussicht eröffnet, die kein Balkanland mit Gleichmut betrachten könnte. Die Erhaltung eines unabhängigen Albanien sei heute ein allgemeines europäisches Interesse und es wäre viel gewonnen, wenn man Mittel finden könnte, die garantierten, daß Italien und Südslawien in der Erhaltung dieser Unabhängigkeit direkt zusammenwirken würden. Es wäre nicht zu spät, Südslawien als eine Garantemacht dieser Unabhängigkeit hereinzuziehen. Damit würde dann der Weg für eine allgemeine Verständigung zwischen Italien und Südslawien in den adriatischen Fragen frei.

Man kann annehmen, daß diese Äußerungen die Ansicht des Foreign Office wiedergeben.

Eine Folge der „Friedens“-Verträge.

Paris, 21. März. Die Zuspitzung der Lage in Albanien, über die die französische Öffentlichkeit selbstamerweise in den letzten Tagen kaum unterrichtet wurde, hat nunmehr die französische Presse veranlaßt, Farbe zu bekennen. Wenn man die Äußerungen der französischen Presse analysiert, kommt man zu der Ueberzeugung, daß die italienisch-französische Spannung, die man seit Monaten feststellt und die ja bekanntlich zu unangenehmen Zwischenfällen geführt hat, doch einen stärkeren Widerhall in der französischen Öffentlichkeit gefunden hat, als man annehmen konnte. Die meisten Blätter zweifeln nicht an dem guten Willen der serbischen Regierung, aber an dem guten Willen der italienischen Regierung und werfen Mussolini Herrschaftsgelüste im südlichen Mittelmeer vor. Diese Unterstellung kommt einer Anlage gleich und muß den Mann auf der Straße, der so etwas liest, zu der Ueberzeugung bringen, daß der jetzige Streit auf italienische Aspirationen des faschistischen Führers zurückzuführen ist.

Die Tatsache ist vorhanden, daß auf dem Balkan wiederum ein Streit droht wegen der eigenmächtigen, jeder natürlichen wirtschaftlichen Gliederung hohnsprechenden Lösung, die die Friedensverträge kennzeichnet, die man 1919 und 1920 seitens der Siegerstaaten unter Führung Frankreichs aufgezwungen hat. Jetzt sieht man, daß imperialistische Regungen durch diese Friedensverträge geradezu gezeugt wurden und daß man Mühe hat, Dinge, die sich seit acht Jahren entwickeln und die man abhichtlich gehen ließ, zu bekämpfen. Nun schreit man nach dem Völkerbundsrat, schreit nach einer Enquete-Kommission, sucht also wieder nach einem Kompromiß, lehnt aber jede reale Lösung ab, die zu einer Klärung führen kann. Die französische Presse ist ratlos und verlangt, daß London in Rom und Paris in Belgrad zur Mäßigung mahnen. Sie ist aber nicht imstande, anzugeben, durch welches Mittel man den Frieden auf dem Balkan sichern kann. Aus diesem Grunde sind die politischen Kreise etwas beunruhigt und sehen der Entwicklung der Dinge mit banger Sorge entgegen.

Südslawiens Verhandlungswille. — Ein peinlicher Zwischenfall.

Belgrad, 21. März. In der Skupstschina erklärte Außenminister Perisich, daß Südslawien nicht gegen einen erweiterten internationalen Fakt sei, der Albanien Unabhängigkeit garantieren würde. Südslawien wünsche mit Italien die freundschaftlichen Beziehungen auf Grund des Vertrages von Rom fortzusetzen und durch neue Verträge seine Beziehungen zu Griechenland, Bulgarien und Ungarn zu festigen. Damit ist die grundsätzliche Bereitwilligkeit Südslawiens ausgedrückt, auf die bisherigen Anregungen Italiens einzugehen, die sich auf einen italienisch-südslawisch-griechischen Vertrag über Albanien und auf die Erteilung der Zustimmung zu den bevorstehenden Abmachungen mit Ungarn und Wohl auf mit Bulgarien beziehen. Während der Aussprache in der Skupstschina ereignete sich ein peinlicher Zwischenfall der wohl nicht ohne Folgen bleiben wird. Ein Abgeordneter sprang plötzlich auf und schrie, gegen die Diplomatenloge gewendet, wo in der ersten Reihe der italienische Gesandte, General Bordiner saß: „Der italienische Gesandte ist noch immer hier. Hinaus mit ihm aus dem Lande mit seiner ganzen Spionensbande!“ Bei der Opposition wurden diese Worte mit Beifall aufgenommen, während sie auf

die Mitglieder der Regierung den peinlichsten Eindruck machten. Der Präsident unterbrach die Sitzung. Die Mitglieder der Regierung traten sofort zum Ministerrat zusammen.

Genf, 21. März. Der südslawische Gesandte Jovanowitsch, der als ein Hauptdelegierter der südslawischen Regierung an der künftigen Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses teilnimmt, erklärte, daß er keine Instruktionen von seiner Regierung habe, den Völkerbund mit der albanischen Angelegenheit zu befaßen. Aus unterrichteten Kreisen verlautet, daß beim Völkerbundssekretariat von keiner Seite irgend eine Mitteilung in dieser Frage eingegangen ist.

Empörung in Rom.

Rom, 21. März. Die nach italienischer Auffassung in allen Einzelheiten verbürgten Nachrichten über militärische Rüstungen Südslawiens an der albanischen Grenze haben ganz allgemein große Beunruhigung und Empörung gegen die französische Politik hervorgerufen, die man für das „südslawische Abenteuer“ verantwortlich macht.

Untersuchung der Belgrader Rüstungen.

London, 22. März. Die englische Regierung hat heute in Belgrad angeregt, daß die Militärattachees den Zustand der jugoslawischen Rüstungen sofort untersuchen sollen. Die Einberufung des Völkerbundsrates ist vorläufig erst für den Fall vorgezogen, daß Italien Balona besetzt.

Baden.

Badens Städte zur Gebäudeversicherung.

In der Presse wurde schon wiederholt darauf hingewiesen, daß in Baden die meisten Wohn- und Mietshäuser in den großen Städten durch die staatliche Gebäudeversicherung, deren Umlagefuß für Stadt und Land gleich ist, viel zu stark belastet sind. Nach den Feststellungen der Badischen Gebäudeversicherungsanstalt haben in den Städten Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Pforzheim, Konstanz und Baden-Baden die von den Gebäudeigentümern von 1913 bis 1925 geleisteten Beiträge die Brandentschädigung um mehr als das Dreifache übertrieben, während in anderen Ländern mit Gefahrenklassen, wie in Preußen, Sachsen, Thüringen, Bayern, Württemberg und Hessen die Gebäudeversicherungsbeiträge für städtische Gebäude ohne Gefahren erhöhende Gewerbebetriebe erheblich niedriger sind als in Baden. In badischen Städten werden von 1000 RM. Versicherungswert durchschnittlich 1,80 RM. erhoben, in Heßen und Württemberg 0,80, in Bayern 0,50, in Preußen 0,30—0,40 RM. Der Badische Städteverband hat daher neuerdings bei der Regierung die Einführung von Gefahrenklassen beantragt, dagegen hat sich der Verband badischer Gemeinden ausgesprochen mit der Begründung, daß der Verwaltungsaufwand dann größer sein würde. Dem gegenüber wird aber darauf hingewiesen, daß dies doch wohl nicht zutreffen kann, wie ja die Beispiele aus anderen Ländern zeigen, in denen sich das Gefahrenklassensystem durchaus bewährt hat.

Die Kreisbahnhaltungsschule in Neckarbischofsheim.

Das Jubiläum des 75. Kurzes.

Neckarbischofsheim, 21. März. Die Haushaltungsschule des Kreises Heidelberg in Neckarbischofsheim beendet am Samstag, den 19. März ihren 75. Kurs seit ihrem Bestehen. Die Anstalt beging dieses Jubiläum in feierlicher Weise. Mehr als 300 ehemalige Schülerinnen hatten der Einladung Folge geleistet, mit ihren Mitschülerinnen einige frohe Stunden des Wiedersehens zu erleben. Nicht nur aus dem engeren Kreis Heidelberg, auch aus dem ganzen badischen Heimatlande vom Schwarzwald bis zum Main, aus der Pfalz, aus Württemberg, Hessen und Preußen waren sie gekommen. Daß diese ehemaligen Schülerinnen, die ihre in der Kreisbahnhaltungsschule Neckarbischofsheim erworbenen Kenntnisse längst als Hausfrau verwertet haben, viele Reisen und Kosten nicht scheuten, ist gewiß ein schönes Zeichen der Treue und Anhänglichkeit und der beste Beweis dafür, welcher großen Wertschätzung sich die Anstalt erfreuen kann. Zahlreich waren auch die schriftlichen Glückwünsche von ehemaligen Schülerinnen.

In dem sonst so ruhigen Städtchen herrschte festliche Stimmung und reges Leben. Reichlich Flaggenschmuck grüßte die Festteilnehmer. Der eigentliche Festakt fand im Kronenpalast statt, der kaum alle Teilnehmer fassen konnte. Bürgermeister Silder-Sinsheim hielt im Namen der Kreisbahnhaltungsschule die Begrüßungsansprache. Der Kreis Heidelberg war durch den Kreisrat, der nahezu vollständig erschienen war, vertreten. Stello. Kreisvorsitzender Landgerichtsrat a. D. Dr. Engelhardt-Heidelberg gab einen Rückblick auf die Geschichte der Schule und würdigte die Verdienste der Gründer, der Lehrerinnen und Lehrer der Anstalt. Die Glückwünsche des Bezirksamts Sinsheim überbrachte Regierungsdirektor Goll. Der Landeskommisär in Mannheim, der am Erscheinen verhindert war, hat seine Glückwünsche schriftlich übermittelt; ebenso auch das Kreisheimatamt Heidelberg. Bürgermeister

„Guten Morgen, lieber Onkel, kennst du die Herren schon?“ wandte sich dann Mary an den alten Herrn, der die Begrüßungszene mit eigentümlichen Blicken beobachtet hatte. „Serr Doktor Holberg und Herr Wendeborn aus Berlin. Mein Onkel, Bankier Winter.“

„Wir haben uns bereits vorgestellt, liebe Mary!“ antwortete Herr Winter kühl. „Die Herren erwarten, wie sie sagen, einen Herrn Winter und einen Herrn Berg aus Milwaukee, und ich bedauere lebhaft, daß ich nicht einer der Erwarteten bin.“

Mary ließ verständnislos ihre Blicke von einem zum anderen schweifen. Doktor Holberg machte ein verlegenes Gesicht, und Wendeborn murmelte einige unverständliche Worte, die wie „Ei verflucht!“ klangen, in sich hinein.

Herr Winter machte der peinlichen Situation ein Ende, indem er seiner Nichte den Arm bot, der Gesellschaftlerin einen Wink gab und, die beiden Herren mit einem kühlen Kopfnicken grüßend, das Hotel verließ, vor dessen Tür eine Equipage bereitstand. Seine Nichte hatte sich willenlos hinausführen lassen und schien wie betäubt zu sein. Am Wagen angelangt, ließ sie jedoch den Arm ihres Onkels fahren und eilte in den Flur des Hotels zurück, wo Holberg und Wendeborn noch immer fassungslos standen.

„Was ist das, Ernst? Hier muß ein unbegreifliches Mißverständnis vorliegen.“ sagte sie, Holbergs Hand ergreifend. „Ich werde meinem Onkel alles aufklären. Sei heute Abend mit deinem Freunde hier im Hotel! Wir treffen uns im Lichtlofe. Auf Wiedersehen!“

Damit verschwand sie, und gleich darauf hörten Holberg und Wendeborn den Wagen davonfahren.

„Das ist ja eine ganz verteilte Geschichte, die ich Ihnen da in meinem Leichtsinne eingebracht habe, lieber Doktor. Ich bitte sehr um Entschuldigung, aber wer konnte sich denken, daß der Name Winter, der mir gestern morgen zufällig auf die Zunge kam, auch dem Onkel Ihrer Herzenskönigin angehört, und daß außer diesem kein anderer Winter in Milwaukee existiert. Serr heißt's Kriegsrat darüber zu halten, was zu machen ist!“

Wir werden vorderhand schwerlich etwas tun können.“ antwortete resigniert Holberg. „Herr Winter glaubt augenscheinlich, irgendeinen Grund zum Mittrauen zu haben, und da uns die Erkundigungen, die wir beim Oberkellner eingegeben haben, fraglos in ein falsches Licht setzen, so wird es wohl nicht leicht sein, ihn — — —“

Der Schatz von Boscoreale!

Humoristische Novelle von M. D. Schmick.

7) (Nachdruck verboten.)

Plötzlich ließ der Besuw, dessen dunkler Kopf sich vor ihnen aufrichtete, ein dumpfes Grollen vernehmen, wodurch die beiden in die Wirklichkeit zurückgerufen wurden. Eine mächtige Feuerfäule stieg aus dem Krater zum Nachthimmel empor und ließ die ganze Gegend in rötlichem Lichte aufstrahlen, so daß an der gegenüberliegenden Küste des Golfes die Häuser und Willen von Torre dell' Annunziata und Boscoreale sichtbar wurden.

Einen Augenblick standen die beiden noch und schauten schweigend in die stille Nacht und auf die mondglänzende Meeresfläche hinaus. Dann zog Holberg Marys Arm in den seinen, und eng aneinandergeschmiegelt schlug das glückliche Menschenpaar langsam den Rückweg zum Hotel ein.

Schon aus der Ferne vernahmen sie die Gitarren- und Mandolinenklänge der neapolitanischen Kapelle, die allabendlich nach dem Diner im Lichtlofe des Grand Hotels den zahlreichen Fremden die einstmals geliebten Melodien der neapolitanischen Volkslieder vorträgt. Und als sie ins Hotel traten, tönte es ihnen entgegen:

Mare al placido
Lido si caro
Scordar fa i triboli
Al marinaro;
Benite all' agile
Barchetta mia
Santa Lucia, Santa Lucia!

„Dies sind die beiden Herren aus Berlin, die sich nach Ihnen erkundigt haben, Herr Winter!“ sagte der Oberkellner des Grand Hotels zu einem alten Herrn, als am nächsten Vormittag Doktor Holberg und Wendeborn in das Portal des Grand Hotels traten, um, wie verabredet, die beiden Damen zu einem Ausfluge nach Baja abzuholen.

„Danke schön!“ erwiderte der Fremde und musterte die beiden Freunde mit einem scharfen Blicke.

Dann wandte er sich an den ihm zunächststehenden Doktor Holberg und sagte mit einer kühlen Verbeugung:

„Mein Name ist Winter aus Milwaukee. Sie haben sich nach mir erkundigt, wie mit der Oberkellner sagt. Mit wem habe ich die Ehre?“

Holberg war im ersten Augenblick ganz verwirrt. Er verbeugte sich mehrere Male, ohne ein Wort sprechen zu können. Wendeborn dagegen erfaßte sofort die Situation, und mit einem unhörbar gemurmelten „Jetzt, Berliner Fressheit, steh mir bei!“ trat er vor und sagte:

„Hier muß wohl ein Irrtum vorliegen. Ich war es, der sich gestern nach zwei Bekannten erkundigte, nach einem Herrn Berg und einem Herrn Winter aus Milwaukee, mit denen ich mich hier in Neapel treffen wollte. Mein Name ist Wendeborn aus Berlin. Mein Freund und Landsmann Doktor Holberg!“ fügte er hinzu, diesen vorstellend.

„Holberg?“ fragte der Amerikaner aufhorchend, und sein Gesicht nahm einen finsternen Ausdruck an. Er schien eine Anstrengung zu machen, um eine innere Erregung niederzukämpfen. Nach einer kurzen Pause fuhr er, zu Wendeborn gewandt, fort:

„Und Sie erwarten, wie Sie sagen, einen Herrn Winter aus Milwaukee? Ich finde das etwas auffallend. Ich wohne jetzt dreißig Jahre in Milwaukee und war bis zu meiner Abreise der einzige meines Namens dort.“

Aber Wendeborn ließ sich nicht so leicht aus der Fassung bringen.

„Das mag sein. Meine Bekannten wohnen auch, soviel ich weiß, nicht in Milwaukee selbst, sondern in einer kleinen Stadt in der Nähe von Milwaukee, deren Namen mir augenblicklich nicht einfällt.“

„So so! Jedenfalls ein eigentümliches Zusammentreffen.“ meinte Herr Winter.

„Ja, der Zufall spielt zuweilen merkwürdig.“

„Und Sie wollten sich wohl heute wieder erkundigen, ob Ihre Bekannten eingetroffen sind?“

„Ja, — nein — wir kommen heute her, um zwei Damen zu einem Ausfluge — — ah, da kommen ja die Damen.“ rief Wendeborn froh, daß die ihm peinliche Unterredung mit dem alten Amerikaner unterbrochen wurde.

Auch Holberg wandte sich zu den Damen, die jetzt in den Flur traten, und begrüßte sie, während Herr Winter ein gedehntes „Ah“ hören ließ und Holberg wiederholt scharf musterte.

Nr
Alyhe
an de
Pfarr
sprach
mit d
Freud
innen
weiten
und i
der d
mar
auch
um it
ungen
schü
wiede
die d
Darbi
banke
in de
wärts
reife
befrie
haltung
die S
haben
tensm
auf e
Jahre
Grenz
mehr
stühu
Borft
badis
veran
liches
war,
durch
Staat
gewä
hat d
und i
den
Gehe
stalt
Führ
made
berei
Uebun
prakt
Reini
Gemu
in de
Schül
jährli
Jeder
Schül
Beftig
ist um
A. G
Sonnt
40 e
zweck
Batali
der 3
ledig
ehema
schon
Erf
weist
die m
Verh
bis zu
in de
hatter
Folge
und d
gestü
von n
brik
Kred
ziehun
terlass
oh ar
al g
erft d
seitigt
zu be
die a
geben
1925
höher
8 B.
gege
ja m
46.
mann
verga
leitun
Vorfr
Obwo
bliebe
in die
der a
das
551
Stadt
daß i
men
prüf
Sehr
schäft
Stam
auf 3
Km.
Ernt
der g
schäft
wertet

Ahlheim-Neckarbischofsheim sprach im Namen der Gemeinde, die an der Jubelfeier regen Anteil nehme. Zum Schluß hielt noch Pfarrer Christ-Neckarbischofsheim eine mit Humor gewürzte Ansprache, in der er hauptsächlich die sogenannte „Gute alte Zeit“ mit der Neuzeit verglich. Sämtliche Redner gaben ihrer großen Freude über das so zahlreiche Erscheinen der ehemaligen Schülerinnen Ausdruck und wünschten der Kreishaushaltungsschule ein weiteres Aufblühen. Menold-Kirchardt sprach der Leitung der Schule und ihren Lehrkräften den Dank und die Anerkennung der Eltern der derzeitigen Schülerinnen aus. Von den Gründern der Anstalt war Altbürgermeister Neuwirth-Neckarbischofsheim anwesend, der auch Jahrzehnte lang die Leitung derselben inne hatte und sich um ihre Entwicklung große Verdienste erworben hat.

Nach Beendigung der Feier, die von musikalischen Darbietungen umrahmt war, fand ein gemeinsames Essen in den verschiedenen Gasthäusern statt. Später trafen sich die Teilnehmer wieder zu einem geselligen Beisammensein im Kronensaal, wo die derzeitigen Schülerinnen durch musikalische und deklamatorische Darbietungen für Unterhaltung sorgten. Am Abend fand ein Festbankett unter Mitwirkung der örtlichen Vereine statt. Während die in der Nähe wohnenden Festteilnehmer am Abend wieder heimwärts fuhren, traten die anderen erst am nächsten Tage die Heimreise an. Alle waren jedoch von dem Verlauf der Jubelfeier sehr befriedigt und nahmen wieder schöne Erinnerungen mit nach Hause.

Nicht unerwähnt soll auch die Ausstellung der Kreishaushaltungsschule bleiben, in der man sehen konnte, daß die Schülerinnen nicht nur in der Küche vortreffliches gelernt haben, sondern sich auch im Nähen, Stricken und Stricken beachtenswerte Kenntnisse erworben haben.

Die Kreishaushaltungsschule Neckarbischofsheim kann nunmehr auf eine 43-jährige Geschichte zurückblicken, kann also in wenigen Jahren ihr 50-jähriges Bestehen feiern. Ihr Ruf ist weit über die Grenzen des badischen Landes hinaus gedrungen. Sie wurde von mehreren Einwohnern der Gemeinde Neckarbischofsheim mit Unterstützung der Zentralstelle des landwirtschaftlichen Vereins und des Vorstandes des badischen Frauenvereins als die zweite Anstalt des badischen Landes gegründet und am 7. Januar 1884 eröffnet. Die verantwortliche Leitung führte bis zum 1. Oktober 1889 ein örtliches Komitee, dessen erster Vorstand der jeweilige Bezirksvorstand war, unter Oberaufsicht des Kreises Heidelberg. Der Kreis war durch ein Mitglied seines Ausschusses im Komitee vertreten. Der Staat, der Kreis Heidelberg und die Gemeinde Neckarbischofsheim gewährten Zuschüsse zum Betrieb der Schule. Am 1. Oktober 1889 hat der Kreis Heidelberg den Betrieb der Schule übernommen und dieselbe neuzeitlich eingerichtet. — Ihre Leitung erfolgt durch den Kreisrat Heidelberg, der mit der Besorgung der laufenden Geschäfte ein Mitglied des Kreisrats beauftragt hat. Zweck der Anstalt ist, Mädchen, die das 16. Lebensjahr erreicht haben, im Führen des Haushalts, im Kochen, Backen, Weißnähen, Kleidermachen, Stricken, Wägen, Waschen und Bügeln, sowie in der Zubereitung von Käse und Butter Anleitung und Gelegenheit zur Übung zu geben, ihre Schulkenntnisse zu befestigen und für das praktische Leben zu erweitern, sie durch strenge Beaufsichtigung an Reinlichkeit, Ordnung und Pünktlichkeit zu gewöhnen und ihr Gemüt durch Singunterricht und geeignete Lektüre anzuregen. Auch in der Pflege des gesunden und kranken Menschen werden die Schülerinnen mit dem Nötigsten vertraut gemacht. Es finden jährlich zwei Lehrkurse statt, ein Sommer- und ein Winterkurs. Jeder Kurs dauert fünf Monate. Bis jetzt haben über 1000 Schülerinnen die Schule mit Erfolg besucht.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 22. März. (Beißwechsel.) Das seither im Besitz von August Leinberger befindliche Gasthaus „zum Bären“ ist um den Preis von Mk. 38 000 in den Besitz von Metzgermeister A. Geijer aus Hilsbach, z. Zt. in Heidelberg, übergegangen.

d. Sinsheim, 22. März. (Bataillonstag.) Am vergangenen Sonntag veranfaßte sich hier im Gasthaus „zum Bären“ ungefähr 40 ehemalige Kriegskameraden des 2. Landsturmbataillons Heidelberg zwecks Aussprache und Beschlußfassung über die Abhaltung des nächsten Bataillonstages. Einmütig wurde Sinsheim als Lagerort und der 3. Oktober als Festtag bestimmt und eine Kommission zur Erledigung der Vorarbeiten ernannt. Wir möchten nicht veräumen, alle ehemaligen Angehörigen des 2. Landsturmbataillons Heidelberg schon jetzt darauf aufmerksam zu machen.

* Sinsheim, 22. März. (Fristablauf für Lohnsteuer-Erstattungen am 31. März.) Das Reichsfinanzministerium weist nochmals darauf hin, daß die Anträge der Arbeitnehmer, die wegen Verdienstaufhaltes oder wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse die Erstattung der Lohnsteuer für 1926 beanspruchen, bis zum 31. März beim Finanzamt eingereicht werden müssen, in dessen Bezirk die Arbeitnehmer am 31. 12. 1926 ihren Wohnsitz hatten. Fristverlängerung hat Ablehnung der Erstattungsanträge zur Folge. Die Merkblätter, aus denen sich die Einzelheiten ergeben, und die Vordrucke zu Erstattungsanträgen, die auf Verdienstaufhalt gestützt werden, sind bei den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich.

pc Sinsheim, 21. März. (Wann ist der Landwirt von der Vermögenssteuer befreit?) Unter dieser Rubrik hatten wir vor kurzem eine Darstellung gegeben, welche die Rechtslage unrichtig wiedergegeben hatte. Es ist nämlich die Beziehung sämtlicher Vermögensgegenstände auf den 1. Januar 1925 unterlassen worden, so daß der Eindruck hervorgerufen wurde, als ob auch die Steuerpflichtigen, die erst im Jahre 1926 60 Jahre alt geworden seien und deren Einkommen und Vermögen jetzt erst die angegebene Höhe von 10 000 Mark erreicht hätten, befreit seien, die Vermögensgegenstände des Paragraphen 8 B. St. O. zu beantragen. Dies entspricht den gesetzlichen Bestimmungen nicht, die auch hierfür den Stichtag, nämlich den 1. Januar 1925, maßgebend sein lassen. War also ein Steuerpflichtiger am 1. Januar 1925 noch nicht 60 Jahre alt, war sein Einkommen und Vermögen höher als jetzt angegeben, so kann er sich nicht auf den Paragraphen 8 B. St. O. berufen, auch wenn gegenwärtig die Voraussetzungen gegeben sein würden.

Waldstadt, 22. März. (Die Genossenschaftsverjammlung u. g.) Am Sonntag lagte hier die sehr stark besuchte 46. ordentliche Generalversammlung, die Bürgermeister Winkelmann, Neidenstein leitete. Nach dem Rechnungsbericht über das vergangene Jahr sollte Neudeck, Lobensfeld der Genossenschaftsleitung Dank und Anerkennung und konstatierte, daß auch der Vorjahrverein auf dem Wege eines gesunden Wiederaufbaues sei. Obwohl der Umsatz dem Jahre 1925 gegenüber etwas zurückgeblieben sei, sei der Reingewinn der gleiche geblieben, jedoch auch in diesem Jahre eine erfreuliche, wenn auch bescheidene Aufwertung der alten Stammanteile erfolgen kann. Begrüßenswert sei auch das Anwachsen der Mitglieder. Der Verein zählte am 31. 12. 26, 551 Mitglieder, die sich auf Waldstadt und Umgebung verteilen. Stadtrat Haaf bemängelte den hohen Reingewinn und wünschte, daß in Zukunft mehr Rücksicht auf die Gewerbetreibenden genommen werde. Nachdem Aufsichtsrat Konrad über die Rechnungsprüfung berichtet hatte, wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Sehr günstig lautete der Revisionsbericht. Dem Vorschlag der Geschäftsführung betr. der Gewinnverteilung wurde zugestimmt. Der Stammanteil wurde dann ohne jegliche Debatte von 200 Rm. auf 300 Rm. erhöht, ebenso der Einzelkredit von 10 000 auf 30 000 Rm. festgelegt. Die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder Adam Ernst, Eichelbrunn und Th. Kuhlmann, Waldstadt wurden wieder gewählt. Kassierer Striffler gab bekannt, daß die Genossenschaft in diesem Jahre die Spareinlagen mit 8 Prozent aufzuwerten gedenke. Nach anregenden Verhandlungen konnte Bürger-

meister Winkelmann die Versammlung schließen. Vorher wurde dem Direktor Wittmann und Kassierer Striffler im Namen der Versammlung durch Neudeck noch wärmster Dank für die umsichtige Geschäftsführung ausgesprochen.

Neckarbischofsheim, 22. März. (Verfeßt) wird auf 1. April d. Js. Herr Gefängniswärter Joh. Eißler beim hiesigen Amtsgefängnis zum Männerzuchthaus nach Bruchsal.

Bad Rappenau, 22. März. (Verschiedenes.) Das hiesige Gemeinde-Solbad wird am 1. April den Badebetrieb wieder aufnehmen. — Die Mitglieder des Vereins für Bewegungsspiele hatten sich am Sonntag auf ihrem Sportplatz versammelt, um ein Freundschaftsspiel mit dem Fußballverein Bannental auszutragen. Das Spiel endete mit 3:2 für Bannental. Diesem Spiele ging ein Freundschaftsspiel Rappenau 2 gegen Grombach 1 voraus, das mit einem Endresultat 2:2 ausging. — Bei der am Sonntag in Siegelbach stattgefundenen Gauer-Versammlung des Wollenbadgäuses der Klein-Kalibersportvereine wurde Eisenbahnsekretär Künzel von hier zum Gauleiter des Wollenbadgäuses einstimmig gewählt.

Richen, 22. März. (Hohes Alter.) Am Samstag beging Herr Privatier Karl Herz in geistiger und körperlicher Rüstigkeit seinen 86. Geburtstag.

Eppingen, 22. März. (Verschiedenes.) Die Freiwillige Feuerwehr veranstaltete am Samstag in der „Altstadt“ einen Feuerwehrausflug. In gemütlicher Weise war man bei Bier und Vortragsstücken der Feuerwehrkapelle beisammen. Die erschienenen Kameraden begrüßte der 1. Kommandant, Herr Karl Feiler. Es wurde im Laufe des Abends beschlossen, das 50-jährige Stiftungsfest der Nachbarnwehr Rohrbach zu besuchen, außerdem wird sich das Corps auch an den Jubelfesten der Wehren Gondelsheim und Weckesheim beteiligen. Mit dem Besuch eines dieser letztgenannten Feste soll ein Ausflug verbunden werden. — Sonntag nachmittag fand im Saale zur „Eisenbahn“ die jährliche ordentliche Generalversammlung der Volksbank Eppingen e. S. m. b. H. statt. Herr Brauereidirektor Ludwig Born, der Vorsitzende des Aufsichtsrats, gab einen klaren Überblick über die Lage im Geldmarkt, die Kreditbeschaffung und allgemeine Wirtschaftslage im Reich. Hierauf ergriff Herr Bankvorstand Philipp Vielhauer das Wort zur Berichterstattung über das Rechnungsjahr 1926, das einen günstigen Abschluß aufweisen kann. Der Gesamtumsatz betrug 28 862 557,64 Rm.; die Bilanzsumme hat sich um das Doppelte auf 469 268,79 erhöht. Der Reingewinn beträgt 18 909,04 Rm. Der Mitgliederstand ist 845. Es wurde beschlossen, 10 Proz. Dividende zu verteilen, 11 000 Rm. für Reserve zurückzustellen und 3000 Rm. zur Aufwertung von Spareinlagen und Geschäftsanteilen zu verwenden. Aufsichtsratsmitglieder Otto Hofmann und Jakob Bitterich wurden per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Nach reger Besprechung von Genossenschaftsangelegenheiten konnte der Vorsitzende kurz nach 4 Uhr die befriedigend verlaufene Versammlung schließen. — Zwei jungen Eppingern, Walter Lang und Eugen Wieser, ist es nach Ueberwindung mancher Schwierigkeiten und nach unermüdlicher Arbeit gelungen, einen Doppeldecker, einen sogenannten „Hängegleiter“ zu bauen. Mit dem Segelflieger, der eine Spannweite von 6 Meter besitzt, haben die Erbauer am Sonntag Vormittag und Nachmittag im Gemann „Bogelherd“ einige Probeflüge unternommen, die trotz der fast herrschenden Windstille sehr gute Resultate zeigten. — Bei der am letzten Sonntag in Durlach stattgefundenen Hundeschau errangen sich Arno von der Krone und Alex v. d. R., Besitzer Franziska von hier in der Jugendklasse die Note „sehr gut“ und Ehrenpreis.

Eberbach, 22. März. (Eine Verbrecherjagd.) Dieser Tage kam ein 23 Jahre alter, gut gekleideter Mann auf das hiesige Rathaus und verlangte einen Personal- und Staatsangehörigkeitsausweis. Er gab an, seine Papiere verloren zu haben, zeigte als Ausweis einen Entlassungsbefehl auf den Namen des Matrosen Ferdinand Heiß von Neckar-Wimmersbach vor. Zur Sicherheit wurde der junge Mann in Haft genommen. Dieser floh aber und einem hiesigen Gendarmenbeamten gelang es, zwischen Eberbach und Lindach den Entflohenen einzuholen und festzusetzen. Das schlechte Gewissen trieb den Verbrecher zu erneuter Flucht. Verfolgt, betrat er den Bahndamm, nahm dort ein einem Streckenarbeiter gehöriges Fahrrad an sich, fuhr mit diesem den Bahndamm entlang und schließlich eine 4-5 Meter hohe Böschung hinab nach der Landstraße, überschlug sich jedoch beim heftigen Anprall unten am Straßengraben und zog sich dabei Kopfverletzungen zu. Eine weitere Flucht mit dem stark beschädigten Fahrrad mißlang. Nach einer halben Stunde Jagd gelang es dem Beamten mit Unterstützung eines Straßenarbeiters aus Lindach den Flüchtling einzuholen, der während der Verfolgung öfters mit Niedersticheln drohte. Der Flüchtling ging tötlich und beleidigend gegen den Beamten vor, schlug mit einer im Straßengraben gefundenen Flasche nach ihm, bis dem Verbrecher schließlich Handgelenke angelegt werden konnten. Er verweigerte jede Auskunft und erst gestern gab er sich als Seemann Karl Lubbe aus Notzenbusch bei Bremen aus, Ausweispaßpapiere fehlten, bei den Briefschaften, die er bei sich hatte,

sind die Namen herausgekratzt. In einer Aktentasche trug er eine schwarze Maske, verschiedene Einbrecherwerkzeuge, wie Nachschlüssel, Stemmmeißel, Feilen, Taschenlampe und dergleichen bei sich. Einen geladenen Revolver verlor der Verhaftete auf der Flucht.

Schweigern, 22. März. (Verunglückt) Landwirt Leonhard Hohstadt fiel beim Strohaufladen so unglücklich vom Wagen, daß ihm zwei Rippen brachen.

Oberburken bei Adelsheim, 22. März. (Seinen Verletzung erlegen) ist der 85-jährige Schmied Joseph Ebel aus Schlierstadt, der am Bahnhof Adelsheim aus dem sich bereits in Bewegung befindlichen Zuge sprang.

Heidelberg, 22. März. (Ein Kalb mit zwei Köpfen) erblickte im Stalle des Arbeiters Kocher-Kirchheim mit vier Augen das Licht der Welt. Wie wir hören, war sein Leben nicht von langer Dauer. Bereits am Sonntag ist das abnorme Tier eingegangen.

Mühlbach, 22. März. (Die evangelische Religionsprüfung) fand hier durch Dekan Schmittthener (Wiesloch) statt, wobei zum ersten Male nach dem Kriege zur freudigen Ueberraschung der Schulkinder wieder wie in Friedenszeiten Brezeln ausgeteilt wurden.

Mannheim, 22. März. (Schwere Explosionsverletzung) In der Fettsäure- und Glycerin-Fabrik in der Industrie-straße ereignete sich beim Herausnehmen eines Spundes aus einem leeren Eisenfaß mittels eines Schweißapparates eine Explosion. Die beiden Fuhböden wurden herausgerissen, wobei der eine einen 51 Jahre alten Arbeiter traf und ihm den rechten Unterschenkel zerschmetterte.

Untergrombach, 22. März. (Verkehrsunfall) Der 16 Jahre alte Sohn des Landwirts Stelzer wurde von einem Auto überfahren und am Fuß schwer verletzt. Der Junge führte ein Rind. Dieses scheute vor dem Auto, und der Burjche geriet auf diese Weise unter das Auto.

Kienberg, 22. März. (Unfall bei einem Reichsbannerzug.) Ein Automobil fuhr in einen durch den Kirchgweg marschierenden Reichsbannerzug und verletzte drei Personen schwer, darunter eine lebensgefährlich. Die Verletzten haben im Städtischen Krankenhaus Aufnahme gefunden.

Brudermord in Biernheim.

Gestern Abend gerieten in Biernheim (Heffen) die beiden Brüder Georg und Ferdinand Martin miteinander in Streit, in dessen Verlauf der 28-jährige verheiratete Georg seinem 32-jährigen unverheirateten Bruder Ferdinand die Kehle durchschnitt, so daß er alsbald starb. Der Täter wurde verhaftet.

Frankfurt a. M., 22. März. (Großer Suizid) In einem im Zentrum gelegenen Hotel wurden in einem dort wohnenden Ehepaar die gesamten Summen im Wert von 80 000 Reichsmark gestohlen. Man fand auf dem Balkon Fuß- und Fingerabdrücke, die auf einen Fassadenkletterer schließen lassen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Neueste amtliche Kurse

mitgeteilt von der Vereinsbank, e. S. m. b. H. Sinsheim, vom 22. März 1927.

Table with columns for Anleihen, Bankaktien, Wechsel, and other financial data. Includes entries like 'Anleihen in %', 'Bankaktien in 100', 'Wechsel in %', and 'Umlaufschuld mit Auslosungsschein'.

Marktberichte.

Schweinemarkt.

Sinsheim, 22. März. Dem heutigen Schweinemarkt waren zugeführt: 20 Milchschweine zum Preise von 40-45 Mark pro Paar. 50 Läufer zum Preise von 65-75 Mark pro Paar.

Preise des Mannheimer Schlachtviehmarkts.

Dem Schlachtviehmarkt am Montag waren zugeführt: 168 Ochsen, 123 Bullen, 288 Kühe 260 Färjen, 784 Kälber, 35 Schafe, 3523 Schweine. Bezahlt wurden pro 50 Kilo Lebendgewicht im Reichsmark: Ochsen a 58-61, a 11 48-52, b 1 38-44, b 11 34-38, c 30-32, d —; Bullen 1. Kl. 49-53, 2. Kl. 40-44, 3. Kl. 34-38, 4. Kl. 30-34; Kühe 1. Kl. 44-50, 2. Kl. 34-40, 3. Kl. 28-32, 4. Kl. 14-22; Färjen a 59-62, o 46-50, c 36-40 Kälber b 72-76, c 66-70, d 60-65, e 52-56 Schafe a 35-46; Schweine a 60 bis 61, b 60-61, c 61-62, d 60-61, e 58-59, f 54-57, g 48-54. Marktverlauf: mit Großvieh mittelmäßig, geräumt; mit Kälbern mittelmäßig, ausverkauft; mit Schweinen ruhig, langsam geräumt.

Anlage von Vlihabilitern.

Der beträchtliche Schaden der alljährlich dadurch hervorgerufen wird, daß Vlihschläge in Gebäude ohne Vlihabilitern treffen, gibt Veranlassung, die Hausbesitzer darauf hinzuweisen, wie notwendig und vorteilhaft es ist, Vlihabilitern an den Gebäuden anzubringen. Insbesondere ist dies für einzelstehende Gebäude (Scheuern, Bauerngehöfte, Kirchtürme,) zu empfehlen.

Sinsheim, den 18. März 1927.

Badisches Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Ueber den Nachlaß des am 18. November 1926 verstorbenen in Baiertal wohnhaften Emil Lera, Müller von Hilsbach ist die Nachlaßverwaltung angeordnet. Der Gemeinderat Jakob Kron in Wiesloch ist zum Nachlaßverwalter bestellt. Der Nachlaßverwalter fordert hiermit alle diejenigen, die eine Forderung an dem Nachlaß haben auf, diese bis spätestens 15. April 1927 bei ihm anzumelden.

Wiesloch, den 14. März 1927.

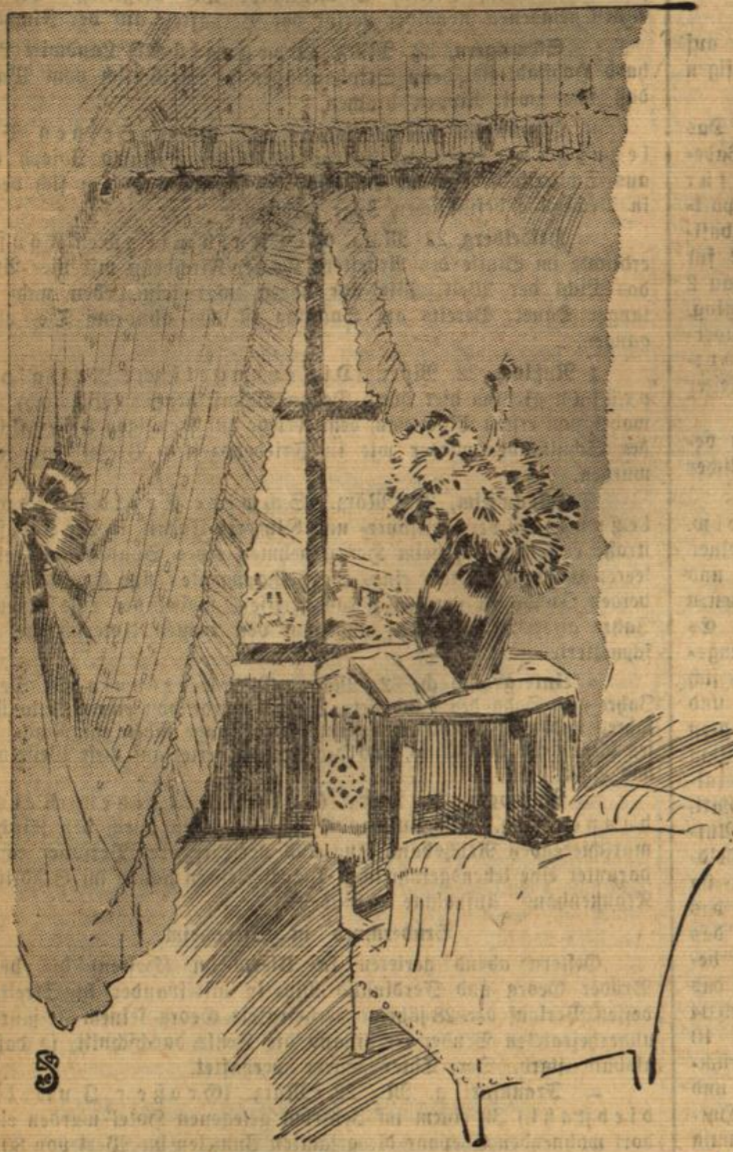
Bad. Notariat I. Wiesloch.

Evang. Frauenarbeitschule Sinsheim

Auf vielseitigen Wunsch wird die Ausstellung der Arbeitschule bis einschließlich nächsten Sonntag verlängert — und ist den ganzen Tag geöffnet.

Advertisement for Hunold's Fahrtschule. Includes text: 'Mensch mach mit!! in Hunold's Fahrtschule Du lernst dort am besten fahren Otto Hunold Mannheim J63 Auto Fahrtschule Jng. Büro U 4.14 Tel: 30906/23412' and an illustration of a child driving a car.

Advertisement for Mißfarbene Zähne. Includes text: 'Räse billiger ab Fabrik 9 Bld. Tafelzähne Mk. 4.00 9 " Tischzähne " 4.95 9 " Holz Kistler (delikat) " 4.95 9 " Holländer " 7.00 ab hier, Nachnahme, Porto Mk. 1.— garant. vorzögl. Schnittstelle Ware. E. Heinz, Käsefabrik Hamburg 20 Lokstedterweg Nr. 312. entstellen das schönste Anst. Ueber Mundgeruch wirkt abtöndend. Beide Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch einmaliges Bügeln mit der herrlich erfrischend haltenden Chlorodont-Zahnpaste. Die Zähne erden den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenbüschel. Kauende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Veruchen Sie es zunächst mit einer kleinen Tube zu 60 Pfg. Chlorodont-Zahnbürste für Kinder 70 Pfg. für Damen Mk. 1.25 (weiche Borsten), für Herren Mk. 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Überall zu haben.



Messingstangen, Messingringe, Stangenträger, Endköpfe, Messing-Garnituren abgepaßt und ausziehbar, Scheibenschleierstangen, Ringchen, Hacken, Vorhangklammern, Vorhangziehvorrichtungen, Gardinenkordel, Ringband, Rolospitzen, Einsatzbürdchen, Teppichband, Linoleumwische (Bohnermasse).

Linoleum jeder Art.

Table listing various linoleum products like Linoleum-Läufer, Linoleum-Vorlagen, Linoleum-Teppiche, etc., with prices.

Ich führe in Linoleum nur erste Fabrikate zu Originalverkaufspreisen. Keine II. Wahl od. Ausschußware. Bei größ. Objekten Sonderpreise.

Vorhangstoffe — Gardinen — Dekorationsstoffe

Table listing various curtain and decoration materials with prices, including Vorhangstoffe, Scheibenschleier, Halbstores, etc.

Tischdecken — Divanddecken — Schlafdecken

Table listing tablecloths, sofa covers, and bed covers with prices, including Tischdecken, Kaffeedecken, Künstlerdecken, etc.

Bettvorlagen — Teppiche — Läuferstoffe

Table listing bed covers, carpets, and runner materials with prices, including Bettvorlagen, Bodenteppiche, Läuferstoffe, etc.

E. Speiser, Sinsheim

Gegründet 1855 — Fernsprecher Nr. 12 — Niedere Preise infolge großer gemeinschaftlicher Einkäufe.

Baumwollwaren

Beste Qualitäten Billigste Preise durch Zusammen-Einkauf großer Firmen.

Unübertroffene Leistungsfähigkeit!

Table listing cotton goods like Zephir, Bettkattune, Hemdenflanel, etc., with prices.

Unsere hervorragenden, selbstausgerüsteten Trumpf-Hemdenfuche grob- und feinfädige Qualitäten Trumpf I 58, II 78, III 85, IV 120.

ROTHSCHILD HEIDELBERG.

Hochedel - Raffinabast

la. kaltflüss. Baumwachs empfiehlt die

Engel - Drogerie Sinsheim, Eisenbahnstr.

100 Zentner Dickrüben

zu verkaufen. Georg Reitel, Steinsfurt

Die besten, zuverlässigsten, echten

Gemüse-, Blumen- und Feldsämereien

erhalten Sie in der Samenhandlung

A. Kaufmann Ww.

Salzniederlage

zu vergeben.

Solvente Firmen mit eigenem Fuhrwerk und entsprechenden Lagerräumen wollen sich melden unter N. G. T. 301 an Ala Haafenstein & Bogler Nürnberg.

Fahrrad-Händler!

Der provisionsm. Betrieb unserer erstkl. Fahrräder auf dem Teilzahlungswege an Private bringt Ihnen großen Verdienst. Wenden Sie sich u. M.M.J. 488 an Ala Haafenstein & Bogler Mannheim.

Frachtbrieife

liefert die G. Becker'sche Buchdruckerei.

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste, der mich betroffen hat, sage ich innigen Dank. Alice Seyfert geb. Merkle. Sinsheim, den 23. März 1927.

Danksagung. Für die uns beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen in so reichem Maße erwiesene aufrichtige und herzliche Anteilnahme sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank. Familie Karl Antony. Sinsheim, den 23. März 1927.

Sicht u. Rheuma lindert und heilt Wallwurzfluid Klosterlabor, Alpirsbach W. Große Flasche Mk. 2.00 u. 4.00 Apotheker Dr. Kieffer.

LOBA BEIZE DAS WASSERRECHTE FARBBÖHNERWACHS.